



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Doris Rauscher, Ruth Müller SPD**

Pflegende Angehörige besser unterstützen V – Ausbau von Pflegeberatung, Unterstützungs- und Entlastungsangeboten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege mündlich und schriftlich über die Inhalte und die Umsetzung des Endberichts der „Standortanalyse und Konzeption von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige“ zu berichten, der von Prognos in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium Deutsche Altenhilfe erstellt wurde. Nun muss umgehend die Umsetzung dieses Konzepts erfolgen – die Staatsregierung soll berichten, wie und wann dies der Fall sein wird.

Die Staatsregierung soll dabei unter anderem berichten, wie sie dem großen Handlungsbedarf nach einem weiteren Ausbau von Unterstützungs- und Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige nachkommen wird. Dabei ist ein großes Augenmerk auf haushaltsnahe Dienstleistungen, die Alltagsbegleitung und die stundenweise Betreuung durch Ehrenamtliche zu legen. Weiterhin sollen die präventiven und zugehenden Angebote, das Case-Management sowie spezialisierte Fachberatungen zu Demenz und für pflegende Kinder und Jugendliche in den Blick genommen werden.

Die Staatsregierung soll in diesem Zuge über die Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze hinsichtlich der Angebote zur Unterstützung im Alltag nach § 45a Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI) berichten sowie zum dahingehenden Schulungskonzept für diese Angebote. Dabei sollen auch die Probleme und bürokratischen Hürden in der Praxis berücksichtigt werden, etwa was den Einsatz von Ehrenamtlichen und Nicht-Fachkräften angeht.

Begründung:

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Sinne der pflegenden Angehörigen erfolgreich durchgesetzt (siehe Drs. 17/8989), dass ein Gutachten über Handlungsbedarf für eine Verbesserung und Vereinheitlichung der Pflegeberatung sowie der Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige erstellt wird. So dass für pflegende Angehörige leicht ersichtlich ist, wo sie wohnortnah Unterstützung und Beratung erhalten können.

Inzwischen liegt der Endbericht der „Standortanalyse und Konzeption von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige“ vor, der von Prognos in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium Deutsche Altenhilfe erstellt wurde. Die Studie legt explizite Handlungsbedarfe nahe und legt ein Konzept mit drei Konzeptbausteinen sowie konkreten Handlungsempfehlungen vor, wie pflegende Angehörige besser unterstützt und entlastet werden können.

Nun muss die Umsetzung der eigens hierfür beauftragten Studie erfolgen und da die Regierungsparteien dahingehende Anträge (Drs. 18/277, 18/278 und 18/279) der SPD-

Fraktion abgelehnt hat, soll die Staatsregierung nun berichten, wie und wann sie das Konzept umsetzen wird.

Die Studie legt unter anderem nahe, dass ein großer Handlungsbedarf nach einem weiteren Ausbau von Unterstützungs- und Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige besteht. Gerade bei haushaltsnahen Dienstleistungen besteht ein großes Defizit sowie bei der Alltagsbegleitung und der stundenweisen Betreuung durch Ehrenamtliche. Wie auch aus einem Artikel in der VdK-Verbandszeitung vom Februar 2019 hervorgeht, haben derzeit nur 28 von 76 in Bayern zugelassenen Anbietern haushaltsnaher Dienstleistungen „in kleinerem Umfang freie Kapazitäten.“

Weiterhin sind mehr präventive und zugehende Angebote nötig und ein Ausbau des Case-Managements sowie von spezialisierten Fachberatungen zu Demenz. In diesem Zuge soll außerdem ein Augenmerk auf Kinder und Jugendliche gelegt werden, die in die Pflege von Angehörigen eingebunden sind und den speziellen Bedarf an Beratung, Unterstützung und Entlastung von diesen jungen Pflegenden. Die Staatsregierung möge berichten, wie sie diesem Bedarf begegnen wird, denn diesen Bedarf hat auch Staatsministerin Melanie Huml bestätigt. In ihrer Presseerklärung vom 23.01.2017 ist zu lesen: „Künftig müssen die Hilfs- und Unterstützungsangebote so organisiert werden, dass sie auch junge Pflegende erreichen. [...] Gemeinsam müssen wir das Bewusstsein für pflegende Kinder und Jugendliche in unserer Gesellschaft erhöhen sowie die Versorgungsstrukturen und Hilfsangebote verbessern. Denn klar ist: Junge Pflegende wenden sich selten von sich aus an die Fachstellen für pflegende Angehörige. Die Initiative muss deshalb von außen kommen. [...] Wichtig sind Unterstützungsmöglichkeiten, damit junge Pflegende ihre familiären Pflegekonstellationen bewältigen und mit Schule und Ausbildung vereinbaren können.“

Zuhause leben in den eigenen vier Wänden und von den Familienangehörigen versorgt werden – das wünschen sich die meisten von uns, wenn sie pflegebedürftig werden. Zum Stichtag Dezember 2015 waren in Bayern rund 350.000 Menschen pflegebedürftig, durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) kommen 2017 rund 61.000 Pflegebedürftige hinzu. Drei Viertel von ihnen werden zu Hause gepflegt, davon wiederum ein Großteil allein von Angehörigen.

Für die pflegenden Angehörigen stellt das oftmals eine große Herausforderung dar – psychisch, körperlich und organisatorisch. Sie haben keine entsprechende Ausbildung und müssen lernen, wie Pflege funktioniert. Sie müssen ihren Alltag bewältigen – Pflege, Familie, Beruf unter einen Hut bekommen und dabei selbst gesund bleiben.

Der aktuelle Barmer-Pflegereport 2018 zeigt auf, dass 280.000 Menschen in Bayern einen Angehörigen pflegen – doch jeder 14. möchte damit aus gesundheitlichen Gründen aufhören. Dies zeigt wieder einmal auf, wie dringend der Unterstützungs- und Entlastungsbedarf bei pflegenden Angehörigen ist, die nicht zu Unrecht als Deutschlands größter Pflegedienst bezeichnet werden.